

Obama stoppt Raketenschild

Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 14. bis 20. September 2009

(te) Die vergangene Woche endete mit einer großen Überraschung. Präsident Barack Obama legte die Pläne für ein Raketenschild in Osteuropa auf Eis. Während sich damit die Beziehungen zu Russland verbesserten, zeichnete sich im Handelskonflikt mit China weiterhin keine Entspannung ab.

Die Idee eines amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien stammt noch aus der Amtszeit Präsident Bushs und sollte die USA vor Angriffen aus Iran schützen. Von Anfang an regte sich jedoch in Russland großer Widerstand gegen den Raketenschild. Die russische Regierung sprach von einer direkten Bedrohung durch die USA und kündigte Konsequenzen an, falls das Abwehrsystem gebaut würde. Ursprünglich hatten amerikanische Experten damit gerechnet, dass Iran in absehbarer Zeit die USA mit Langstreckenraketen bedrohen könne. Iran sei dazu jedoch technologisch immer noch nicht in der Lage, wie das *Wall Street Journal* berichtete. Obama wird nun auf ein Kurz- und Mittelraketenabwehrsystem setzen, das auf Schiffen installiert ist. Die *New York Times* sprach von einer der grundlegendsten Änderungen, die Obama am Kurs seines Vorgängers Bush vorgenommen habe. Scharfe Kritik kam von Seiten der Republikaner. Diese werfen Obama Verrat an den Verbündeten Polen und Tschechien vor und halten seine Entscheidung für ein Einknicken gegenüber Russland und Iran.

Bereits zu Beginn der Woche hatte Obama für heftige Diskussionen gesorgt. In Zukunft soll für Reifenimporte aus China eine Zollgebühr von 35% gelten. Obama beugte sich damit Forderungen amerikanischer Gewerkschaften. Danach seien die Importe von Billigreifen aus China mittlerweile so zahlreich, dass sie zu einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen gesorgt hätten. Wie die *Los Angeles Times* berichtete, sei es aber eher unwahrscheinlich, dass die Arbeitsplätze durch die neue Zollgebühr gesichert würden. Die Erhöhung des Einfuhrzolls von 5% auf 35% hat mittlerweile zu einem ernsthaften Konflikt mit der chinesischen Regierung geführt. Diese drohte im Gegenzug mit höheren Steuern auf amerikanische Produkte und reichte bei der Welthandelsorganisation Beschwerde wegen Protektionismus ein. Vertreter beider Länder werden sich demnächst zu Verhandlungen treffen. Die *LAT* rechnet mit einer baldigen Einigung, da aus einem sogenannten Handelskrieg beide Länder als Verlierer hervorgingen.

Quellen:

www.latimes.com

www.nyt.com

www.slate.com

www.wsj.com